



Presseinformation

An die
Damen und Herren
von Presse, Hörfunk und Fernsehen

11.08.2011
Seite 1 von 3

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

presse@stk.nrw.de
www.nrw.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit möchten wir Sie auf folgende "Gemeinsame Erklärung der Landesregierung und der Fraktionsvorsitzenden von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP im nordrhein-westfälischen Landtag zu den Vorschlägen der Bundesregierung zur Neuausrichtung der Bundeswehr" aufmerksam machen.

Mit freundlichen Grüßen

Heidi Renz Chefin vom Dienst Staatskanzlei Landespresse- und Informationsamt Telefon: 0211/837 1217 E-Mail: heidi.renz@stk.nrw.de	Ralf Kapschack Pressesprecher SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen Telefon: 0211/884 2061 E-Mail: ralf.kapschack@landtag.nrw.de
Axel Bäumer Stv. Pressesprecher CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen Telefon 0211/884 2355 E-Mail: axel.baeumer@cdu-nrw-fraktion.de	Nalan Öztürk Stv. Pressesprecherin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Nordrhein- Westfalen Telefon: 0211/884 2818 E-Mail: nalan.oetztuerk@landtag.nrw.de
Nadja Kremser Stv. Pressesprecherin FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen Telefon: 0211/884 4466 E-Mail: nadja.kremser@landtag.nrw.de	

**Gemeinsame Erklärung
der Landesregierung und der Fraktionsvorsitzenden von
SPD, Bündnis90/Die Grünen, CDU und FDP
im nordrhein-westfälischen Landtag
zu den
Vorschlägen der Bundesregierung
zur Neuausrichtung der Bundeswehr**

Die Bundeswehr hat seit ihrer Aufstellung im Jahre 1955 einen entscheidenden und aner kennenswerten Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Deutschland, Europa und der Welt geleistet.

Derzeit steht die Bundeswehr vor dem größten Reformprozess in ihrer Geschichte. Es ist absehbar, dass die Verkleinerung der Streitkräfte Folgen für die Bundeswehrstandorte in Nordrhein-Westfalen haben wird - mit wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen für die Kommunen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort.

Wir erwarten daher, dass Nordrhein-Westfalen bei den anstehenden Standortentscheidungen im Vorfeld beteiligt und entsprechend seiner Größe und Bevölkerungsdichte berücksichtigt wird. Nordrhein-Westfalen muss ein bedeutender Bundeswehrstandort bleiben.

Gemeinsam fordern wir, dass die Bundeswehr in Nordrhein-Westfalen auch in der Fläche weiterhin präsent sein muss. Eine Konzentration auf wenige Großstandorte lehnen wir ab; sie würde eine Schwächung des ländlichen Raums bedeuten.

Die Standortplanung darf im Übrigen nicht nur verteidigungspolitisch begründet sein, sondern muss auch die strukturpolitische Verantwortung der Bundeswehr beachten sowie den Grundsatz der gerechten Lastenverteilung berücksichtigen.

Wir erwarten weiter, dass die Bundesregierung die Zusagen aus dem Berlin/Bonn-Gesetz einhält. Auch Düsseldorf muss in Zukunft ein wichtiger Standort der Wehrverwaltung in Nordrhein-Westfalen bleiben.

Alle Umstrukturierungsmaßnahmen der Bundeswehr müssen sozialverträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen erfolgen.

Wir sind überdies der Auffassung, dass die Bundeswehr auch zukünftig personell und organisatorisch in der Lage sein muss, Hilfeleistungen zur Bewältigung von schweren Unglücksfällen oder Katastrophen zu erbringen. Die zivil-militärische Zusammenarbeit sollte in der bewährten Form fortgeführt werden.

Wir bitten die Bundesregierung, für aufgegebene Bundeswehrstandorte – insbesondere in strukturschwachen Regionen – Konversionsmaßnahmen zu veranlassen und ein Konversionsprogramm aufzulegen. Zur Erleichterung des Strukturwandels wäre es wünschenswert, wenn eine verbilligte Abgabe der nicht mehr benötigten Liegenschaften an die jeweiligen Kommunen ermöglicht und der Bund sich an der Sanierung etwaiger Altlasten beteiligen würde.